



Bürokratie im Mittelstand

Umfang und Auswirkungen staatlicher
Bürokratie auf den Mittelstand

Autorin: Monika Hofmann



Kai Stepp,
Geschäftsführer
Rudolf Haufe Verlag GmbH & Co. KG



Dieter Römer
Chefredakteur ProFirma

Entlastung tut Not!

Für mittelständische Unternehmer gibt es eine schlechte Nachricht: Der Bürokratieabbau kommt bislang kaum in den Betrieben an. Und das, obwohl die Bundesregierung inzwischen kräftig daran arbeitet, den Firmen die administrative Last zu erleichtern.

Erste Schritte unternahm sie bereits mit den beiden Mittelstandsentlastungsgesetzen (MEG I und II). Zudem führte sie vor einem Jahr den Nationalen Normenkontrollrat (NKR) ein und lässt die Bürokratiekosten messen. Trotz all dieser Maßnahmen spürt die Mehrheit der Mittelständler im täglichen Geschäft wenig von diesen Bemühungen. Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommt die vorliegende Studie, für die im Frühjahr 2008 das Wirtschaftsmagazin ProFirma und der Rudolf Haufe Verlag in Freiburg 713 mittelständische Unternehmer befragt haben.

Zum ersten Mal nimmt damit eine Untersuchung nicht nur die Bürokratielast der Firmen, sondern auch das Abbaukonzept der Bundesregierung und seine Auswirkungen unter die Lupe. Und zum ersten Mal zeigt eine Studie in dieser Deutlichkeit: Zwar weist das Regierungskonzept in die richtige Richtung, aber es sind schlicht größere, mutigere Schritte nötig, um die Mittelständler endlich spürbar zu entlasten.

Die Zeit drängt. Denn die Bürokratie hat inzwischen eine beunruhigende Dimension angenommen. Auch dies zeigt die Studie in erschreckend klaren Konturen. Zudem wächst die Bürokratielast trotz aller Eindämmungsversuche weiter, befürchten die meisten Firmenchefs. Betroffen sind davon in erster Linie die Kleinbetriebe. Umso wichtiger ist es daher, dass ihnen der Staat nicht noch weitere Gesetze, Verordnungen, Aufgaben und Pflichten draufsatelt. Stattdessen sollte er mit wenigen und klaren Regeln für Planungssicherheit sorgen.

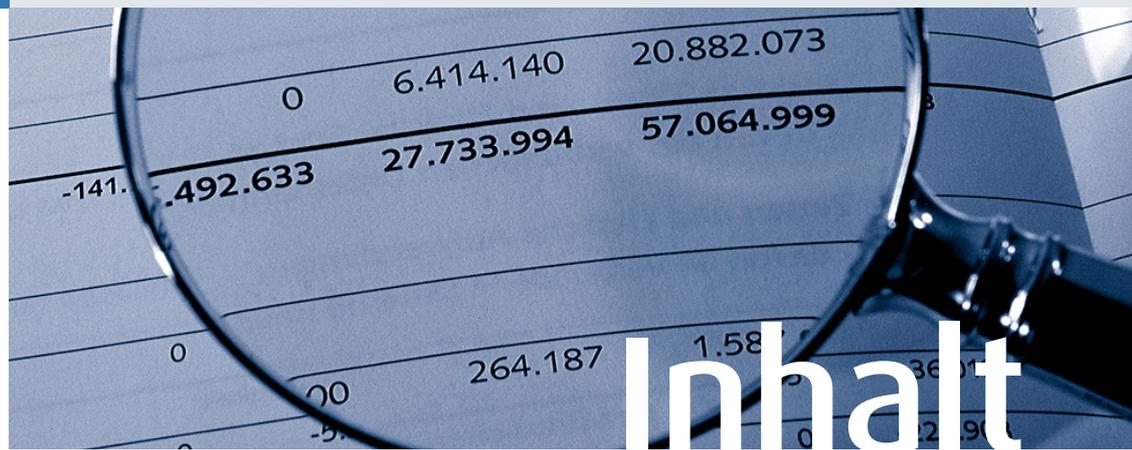
Ebenso können die Steuerberater hier ein neues Feld entdecken – und ihren Auftraggebern dabei helfen, Wege durch den administrativen Dschungel zu bahnen.

Trotz allem machen diese Ergebnisse aber auch Mut. Denn sie zeigen zum einen, wo genau die Unternehmer noch Entlastungspotenzial sehen – und an welchen Stellen die Politiker ihr Konzept deshalb nachbessern könnten und sollten. Die Mittelständler sind also nicht nur pessimistisch. Im Gegenteil: Sie hoffen und erwarten, dass gerade der Normenkontrollrat als zentrales Instrument den Abbau rasch vorantreibt.

Es herrscht also durchaus ein gewisser Optimismus, solange es um die Regelwerke aus Berlin geht. Anders sieht es bei der Gesetzgebung aus Brüssel aus, der die meisten Firmenchefs sehr skeptisch gegenüber stehen. Daher sollten gerade die deutschen Politiker und Entscheider diese Studie als Impulsgeber für die nächsten Entlastungsschritte verstehen – und als Mutmacher: Die Richtung stimmt, aber am Detail muss noch gearbeitet werden.

Kai Stepp, Geschäftsführer
Rudolf Haufe Verlag GmbH & Co. KG

Dieter Römer
Chefredakteur ProFirma



Inhalt

	Vorwort	
1.	Ziele der Studie	4
2.	Zentrale Ergebnisse	5
3.	Bedeutung der Bürokratiebelastung	8
3.1.	Gesamtwirtschaftliche Dimension	8
3.2.	Betriebliche Dimension	10
3.3.	Zukunftsdimension	14
4.	Chancen, die Bürokratiebelastung zu mindern	16
4.1.	Schwerpunkte des Bürokratieabbaus aus Unternehmenssicht	16
4.2.	Bewertung der ersten Abbauschritte	19
4.3.	Bewertung einzelner Erleichterungen	23
5.	Neue Herausforderungen für Steuerberater	26
6.	Details zur Befragung	30
7.	Einblick in die Methodik	31
8.	Impressum	32

1. Ziele der Studie

Bürokratie ist und bleibt vorerst ein brisantes Thema für Mittelständler. Deshalb will die vorliegende Studie herausfinden, wie stark die staatliche Bürokratie gerade die kleinen und mittleren Firmen belastet – und welche Auswege es gibt.

Dafür befragten ProFirma und der Rudolf Haufe Verlag 713 Unternehmen, die zwischen zwei und 500 Mitarbeiter beschäftigen. Die Studienteilnehmer repräsentieren exakt die Bandbreite von Betrieben unterschiedlicher Größen, die den deutschen Mittelstand charakterisiert. Diese Fragen beantwortet die Studie:

- Wie stark belastet die Bürokratie den Mittelstand, vor allem aber auch die kleineren Unternehmen?
- Welche betrieblichen Bereiche und Aufgaben sind davon besonders betroffen?
- Wie lässt sich diese Belastung mindern?
- Geht die Bundesregierung mit ihrem Bürokratieabbaukonzept den richtigen Weg?



2. Zentrale Ergebnisse

Der Bürokratiedschungel wuchert weiter – trotz der massiven Anstrengungen auf vielen politischen Ebenen, ihn zu beschneiden. Beachtliche 92 Prozent der befragten Firmenchefs halten daher das Thema Bürokratie für wichtig. Und die Bedeutung nimmt weiter zu.

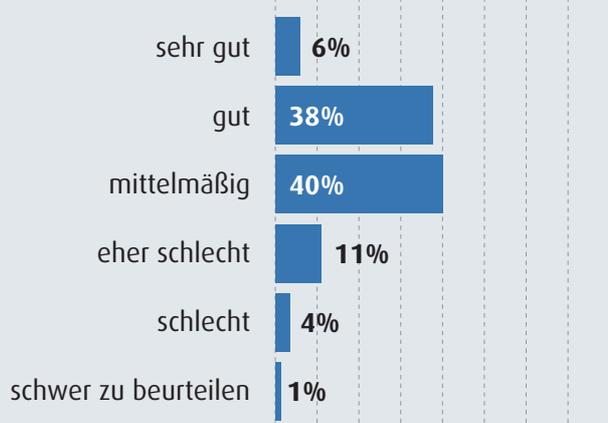
Fast zwei Drittel der Studienteilnehmer befürchten, dass die Bürokratiebelastung auch in Zukunft wachsen wird. Besonders die Kleinbetriebe leiden unter dieser Entwicklung: Je kleiner die Firma, desto schwerer wiegt die Last, die ihr der Staat aufbürdet. Mehr als 90 Prozent der Teilnehmer gehören zu dieser Betriebsgrößenklasse mit weniger als 50 Mitarbeitern. Die meisten

von ihnen zeigen sich optimistisch, wenn sie nach ihrer wirtschaftlichen Lage befragt werden; sie finden es aber auch besonders wichtig, dass ihre Situation mindestens so gut bleibt. Vom Staat fordern sie deshalb, nicht für zusätzliche Belastungen zu sorgen, sondern einen Rahmen für ihr wirtschaftliches Handeln zu schaffen, der Zuverlässigkeit und Transparenz bietet.

Vor allem in zwei betrieblichen Bereichen wächst die administrative Last: Fast 70 Prozent der befragten Firmenchefs klagen über die Bürokratie im Rechnungswesen und bei den Steuern, knapp die Hälfte hat damit in erster Linie im Personalbereich zu kämpfen. Es sind die Inhaber kleinerer Unternehmen, die diese Belastung im Personalwesen als besonders gravierend empfinden. Ihnen erscheint es offensichtlich kaum möglich, den Vorschriftendschungel angesichts der Vielzahl arbeits- und sozialrechtlicher Vorgaben zu überblicken. Sie können zwar oft auf die Hilfe eines Steuerberaters zurückgreifen, selten aber auf die Unterstützung von Personalexperten, und erledigen daher hier alles in Eigenregie – was die Situation eher verschlimmert.



Beurteilung der wirtschaftlichen Situation



78 Prozent der Mittelständler bewerten ihre wirtschaftliche Lage als mittelmäßig bis gut, immerhin sechs Prozent sogar als sehr gut. Zugleich äußern sich aber auch 15 Prozent eher skeptisch.

Die Studie zeigt aber auch, dass sich die bürokratische Belastung nicht nur auf die beiden genannten Bereiche erstreckt, sondern sich als komplexes Phänomen darstellt, das vielfältige Tätigkeiten und Bereiche betrifft. Wer also Bürokratie wirksam abbauen will, muss alle betroffenen betrieblichen Bereiche und Aufgaben im Blick behalten.

Ein effizientes Abbaukonzept erfordert also einen breiten Ansatz. Deshalb erwarten 70 Prozent, dass sich der Normenkontrollrat, dessen Einführung sie grundsätzlich befürworten, offensiver mit dem Abbau von belastenden Gesetzen und Vorschriften befasst. Fast genauso viele fordern, dass dabei die Interessen des Mittelstands stärker berücksichtigt werden. Die Chance, die Bürokratielast zu mindern, sehen die Studienteilnehmer immerhin, wenn es um deutsche Vorgaben geht. Dagegen bleiben sie im Hinblick auf EU-Regelwerke skeptisch: 60 Prozent rechnen sogar damit, dass die Bürokratie aus Brüssel weiter zunimmt.

So sollte der Abbau aus Unternehmenssicht aussehen: Zunächst müssen komplizierte und widersprüchliche Vorschriften vereinfacht werden, verlangen mehr als drei Viertel der Firmenchefs. Fast ebenso viele fordern, hinderliche Vorgaben abzubauen. Zudem sollten Gesetze und Verordnungen schnell und einheitlich in den zuständigen Ämtern umgesetzt werden, das würde mehr als die Hälfte der Befragten begrüßen. Auch der Einspruch gegen amtliche Entscheidungen müsste erleichtert werden. Generell hoffen die Unternehmer auf mehr Effizienz bei der Umsetzung von Vorschriften in den Behörden.

Bedeutung des Themas Bürokratie



Beachtliche 92 Prozent der Firmenchefs halten das Thema Bürokratie für sehr wichtig oder wichtig. Nur sieben Prozent der Befragten zeigen sich diesem Problem gegenüber indifferent.

Allerdings bringen die ersten Abbauschritte der Bundesregierung, die beiden Mittelstandsentlastungsgesetze, eher wenig. Nur zwei Prozent der Firmenchefs spüren Entlastung bei den Kosten, 57 Prozent spüren keine Hilfe, viele kennen diese Gesetze nicht einmal.

Doch sehen sie auch positives Potenzial: Immerhin begrüßen viele Unternehmer die Abschaffung von Doppel- und Mehrfachprüfungen und die Erleichterungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen.

Vor diesem Hintergrund muss sich auch die Rolle der Steuerberater ändern: Nur ein Drittel der Steuerberater hat seinen Auftraggebern mitgeteilt, dass die Mittelstandsentlastungsgesetze kommen, und erläutert, was sie bringen. Jedoch erwarten 94 Prozent der Unternehmer, von ihren Steuerberatern über wichtige Gesetze informiert zu werden.

Diese Lücke gilt es rasch zu schließen.



3. Bedeutung der Bürokratiebelastung



3.1. Gesamtwirtschaftliche Dimension

Der gesamtwirtschaftliche Blick zeigt ganz klar: Die Bürokratielast betrifft nicht alle Mittelständler gleichermaßen, sondern sie liegt vor allem auf den Schultern der Kleinbetriebe. Zwar halten fast alle befragten Unternehmer – 92 Prozent – das Thema Bürokratie für wichtig. Doch zeigen die Ergebnisse der Studie zugleich, dass dieses Thema besonders den Firmen, die weniger als 50 Mitarbeiter haben, unter den Nägeln brennt.

64 Prozent der Studienteilnehmer beschäftigen weniger als zehn, 27 Prozent zehn bis 50 Mitarbeiter. Sieben Prozent zählen zur Betriebsgrößenklasse von 51 bis 200 Mitarbeitern, ein verschwindend geringer Anteil gehört zum großen Mittelstand mit 201 bis 500 Beschäftigten. Ein beachtlicher Teil der befragten Firmen kommt aus eher kleinteilig geprägten Branchen: 22 Prozent gehören zum Handwerk, 21 Prozent zum Handel, 19 Prozent zum Dienstleistungssektor, 15 Prozent zur Industrie.

Wirtschaftliche Lage und Betriebsgröße



Die wirtschaftliche Situation des Unternehmens

■ sehr gut
 ■ gut
 ■ mittelmäßig
 ■ eher schlecht
 ■ schlecht
 ■ schwer zu beurteilen

Tendenziell beurteilen Kleinbetriebe ihre wirtschaftliche Situation schlechter als Firmen mit 50 bis 200 Mitarbeitern. Bei den größeren Mittelständlern nimmt die Skepsis wieder zu.

Geht es um ihre wirtschaftliche Lage, zeigen sich die meisten Firmenchefs moderat optimistisch: 78 Prozent beurteilen ihre Situation als mittelmäßig bis gut, sechs Prozent sogar als sehr gut.

Doch diese – noch – eher positive Stimmung könnte leicht kippen. Jetzt schon klagen 15 Prozent über eine eher schlechte oder schlechte Situation, in erster Linie handelt es sich dabei um Kleinbetriebe. Vor diesem Hintergrund empfinden sie es als umso wichtiger, dass ihnen der Staat nicht weitere Stolpersteine in den Weg wirft. Gerade kleinere Mittelständler fordern klare Rahmenbedingungen, auf die sie sich verlassen können.

3.2. Betriebliche Dimension

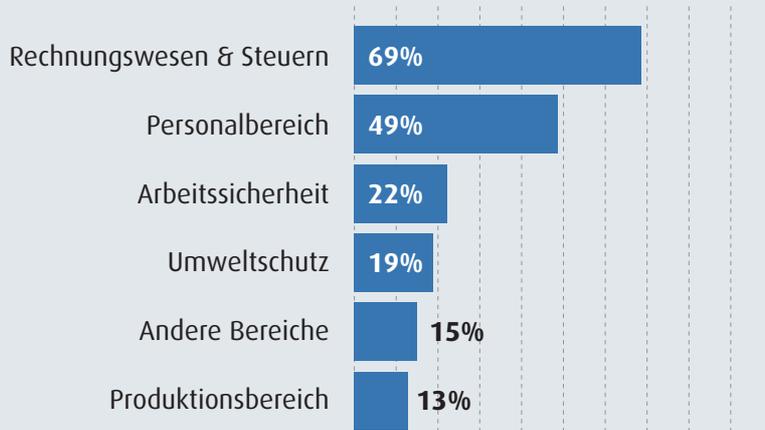
Besonders zwei betriebliche Bereiche sind von der wachsenden Bürokratie betroffen: 69 Prozent der befragten Firmenchefs ärgern sich über die massive administrative Last im Rechnungswesen und bei den Steuern, 49 Prozent klagen über starke Belastungen im Personalbereich. Auf diese beide Unternehmensbereiche konzentriert sich der Großteil des Unmutes über die Bürokratie. Erst an dritter und vierter Stelle nennen jeweils rund ein Fünftel der Unternehmer die Arbeitssicherheit und den Umweltschutz als stark belastete Bereiche.

Und wieder zeigt sich, dass vor allem die Inhaber kleinerer Unternehmen mit der Bürokratie zu kämpfen haben. Sie empfinden die Belastung im Personalwesen als besonders gravierend. Offensichtlich haben gerade diese Firmen angesichts vielfältiger arbeits- und sozialrechtlicher Regeln große Mühe, sich Wege durch den Vorschriftendschungel zu bahnen.

Zudem können sie zwar oft auf die Hilfe eines Steuerberaters zurückgreifen, selten aber auf die Unterstützung von Personalexperten. Das verschärft die Situation. Daher spielt die bürokratische Belastung im Personalbereich eine bedeutende Rolle: Je größer sie ausfällt, desto gravierender nehmen die Unternehmer auch ihre gesamte Bürokratielast wahr.

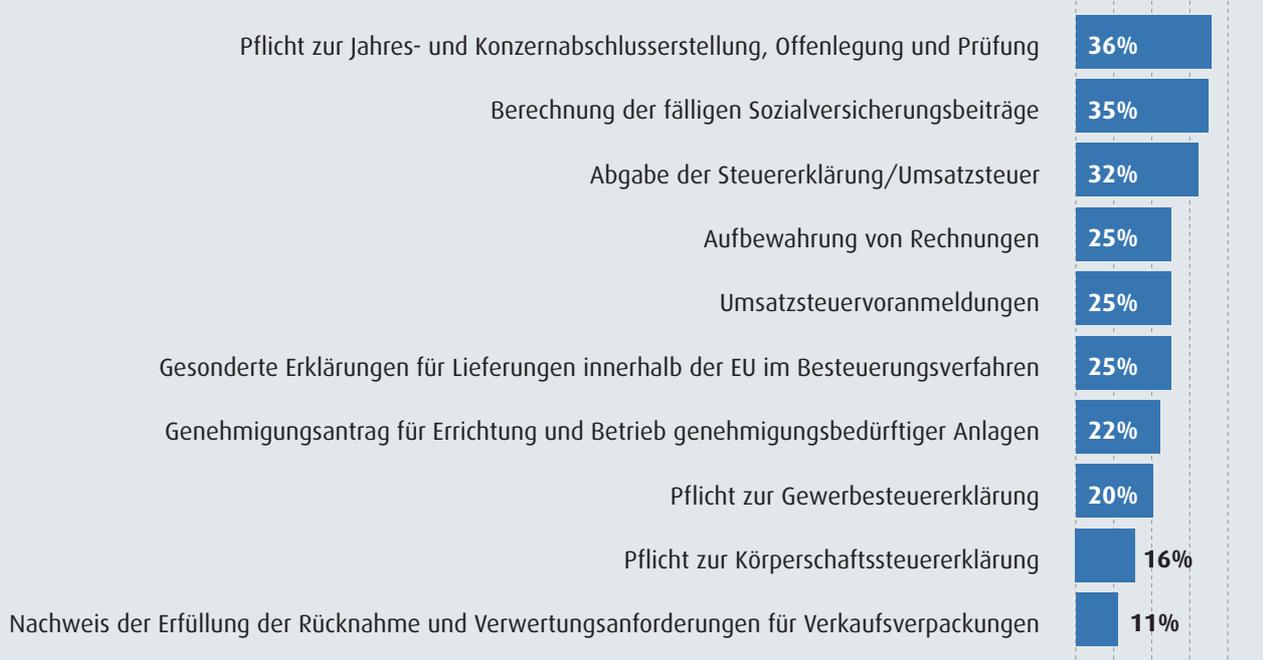
Bürokratie erstreckt sich allerdings nicht nur auf die beiden genannten Bereiche, sondern stellt sich als komplexes Phänomen dar, das vielfältige Bereiche und Tätigkeiten betrifft. Immerhin sieht sich mit 27 Prozent ein beachtlicher Anteil der Befragten in drei und mehr betrieblichen Bereichen stark durch die Bürokratie belastet. Zugleich gibt es zahlreiche betriebliche Tätigkeiten, Aufgaben und Pflichten, die besonderen administrativen Aufwand mit sich bringen.

Besonders belastete Unternehmensbereiche



Fast 70 Prozent der Mittelständler beklagen eine besonders starke Bürokratiebelastung im Bereich Rechnungswesen und Steuern. An zweiter Stelle folgt mit 49 Prozent der Personalbereich. Auf diese beiden Bereiche konzentriert sich die administrative Last.

Besonders belastende Tätigkeiten und Pflichten

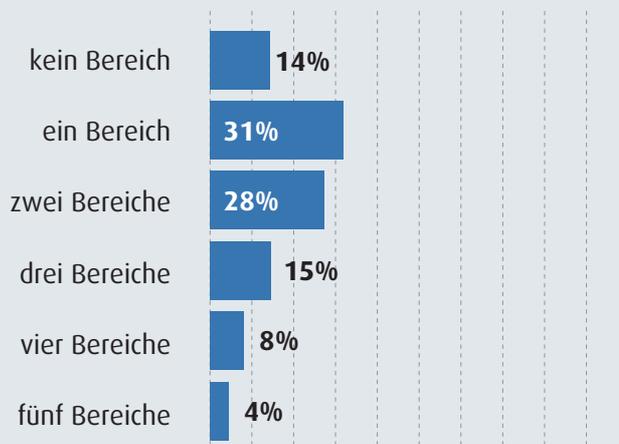


Drei Aufgaben, die ihnen der Staat aufbürdet, belasten die Unternehmer besonders stark: 36 Prozent der Befragten nennen die Pflicht zur Jahresabschlusserstellung, Offenlegung und Prüfung, fast ebenso viele die Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge und 32 Prozent die Abgabe der Steuererklärung sowie die Umsatzsteuer.

Einer Pflicht – der Berechnung der Sozialversicherung – kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Denn sie verschärft zugleich die Wahrnehmung der gesamten administrativen Last. So liegt unter den Firmenchefs, die diese Tätigkeit als starke Belastung empfinden, mit 43 Prozent auch der Anteil derjenigen höher, die drei und mehr betriebliche Bereiche betroffen sehen.

Nimmt man diese Gruppe genau unter die Lupe, ergibt sich ein plausibles Resultat: Fast 80 Prozent haben maximal 50 Mitarbeiter. Dies bestätigt nachdrücklich die These, dass in erster Linie die Kleinbetriebe mit bürokratischer Belastung zu kämpfen haben.

Zahl der besonders belasteten Unternehmensbereiche



Immerhin 27 Prozent der Mittelständler klagen über starke bürokratische Belastungen in drei und mehr Unternehmensbereichen. 31 Prozent sehen vor allem einen Bereich als stark belastet, bei 28 Prozent sind es zwei Bereiche.

Deshalb lässt sich die Berechnung der Sozialversicherung letztlich auch als typischer Indikator für die schwierige Situation dieser Firmen interpretieren. Gerade bei dieser Tätigkeit müssen sie vielfältige Gesetze und Verordnungen beachten, deren Nichtbeachtung harte Strafen nach sich ziehen kann. Zudem haben sie seit etwa zwei Jahren faktisch ihre Sozialbeiträge zweimal monatlich zu berechnen, was den Aufwand fast verdoppelt.

Jedoch verfügen kleine Betriebe, wie bereits erwähnt, selten über interne oder externe Personalexperten. Sie erledigen solche Aufgaben meist selbst und nebenbei. Doch aufgrund der komplexen gesetzlichen Vorgaben und des oft mangelnden Fachwissens fühlen sich die meisten davon schlicht überfordert.



Bürokratische Belastung des Personalbereichs



Stellenwert der Bürokratie im Unternehmen

■ ist wichtig
 ■ hat eine mittlere Wichtigkeit
 ■ ist unwichtig
 ■ schwer zu beurteilen

Die Bürokratie im Personalbereich spielt eine besondere Rolle: Je stärker sich Firmenchefs davon belastet fühlen, desto intensiver nehmen sie auch ihre gesamte Bürokratielast wahr.

Neben der Berechnung der Sozialversicherung, die insgesamt 35 Prozent der Studienteilnehmer als sehr belastend empfinden, gibt es noch zwei weitere nervenaufreibende Tätigkeiten: 36 Prozent nennen die Pflicht zur Jahresabschlussstellung, Offenlegung und Prüfung, 32 Prozent die Abgabe der Steuerklärung und der Umsatzsteuer. Da aber die meisten Firmen solche Aufgaben zumindest teilweise an ihre Steuerberater delegieren, besteht zwischen diesen steuerlichen Pflichten und der Wahrnehmung der gesamten Bürokratielast kein so enger Zusammenhang, wie bei der Berechnung der Sozialversicherung erläutert.

Generell lässt sich jedoch feststellen, dass die Bürokratie sich zwar auf einige Bereiche konzentriert, aber dennoch kein punktuell Phänomen darstellt. Denn mit der Zahl der betroffenen betrieblichen Bereiche wächst auch die Zahl der Tätigkeiten, die die Unternehmer als besondere administrative Last empfinden. Wer also Bürokratie wirksam abbauen will, muss alle betroffenen Bereiche und Aufgaben im Blick behalten.

3.3. Zukunftsdimension

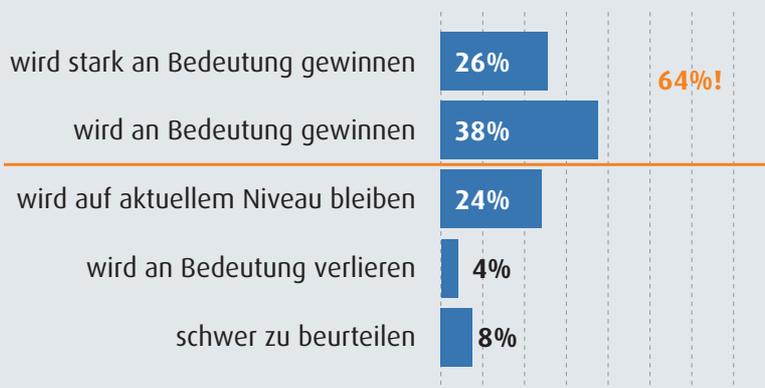
In der zunehmenden Bürokratiebelastung sehen die meisten Mittelständler einen unumkehrbaren Trend. Der Großteil – 64 Prozent – befürchtet, dass die Bedeutung dieses Themas auch in Zukunft wachsen wird.

Und das, obwohl die Bundesregierung mit den beiden Mittelstandsentlastungsgesetzen, mit der Messung der Bürokratiekosten mit dem Standardkostenmodell sowie mit der Einführung des Normenkontrollrats ein breit angelegtes Konzept entwickelt hat, um die Bürokratie zumindest in manchen Bereichen abzubauen.

Doch weil die Betriebsinhaber bislang wenig von diesem Abbau spüren, fordern sie ein deutlich offensiveres Vorgehen von der Politik: 70 Prozent der Studienteilnehmer verlangen, dass sich der Normenkontrollrat endlich aggressiver mit dem Abbau von belastenden Gesetzen und Vorschriften befasst. Mit 68 Prozent erwarten fast genauso viele, dass dabei die Interessen des Mittelstands stärker berücksichtigt werden.

Immerhin sehen sie damit aber überhaupt eine Chance, die Bürokratielast hierzulande zu mindern. Dagegen bleiben die Firmenchefs im Hinblick auf EU-Regelwerke sehr skeptisch: Genau 60 Prozent befürchten sogar, dass die Bürokratie aus Brüssel auch weiterhin zunehmen wird. Und das, obwohl die EU-Kommission sich seit einigen Jahren ebenfalls für den Vorschriftenabbau engagiert.

Die zukünftige Entwicklung der Bürokratie

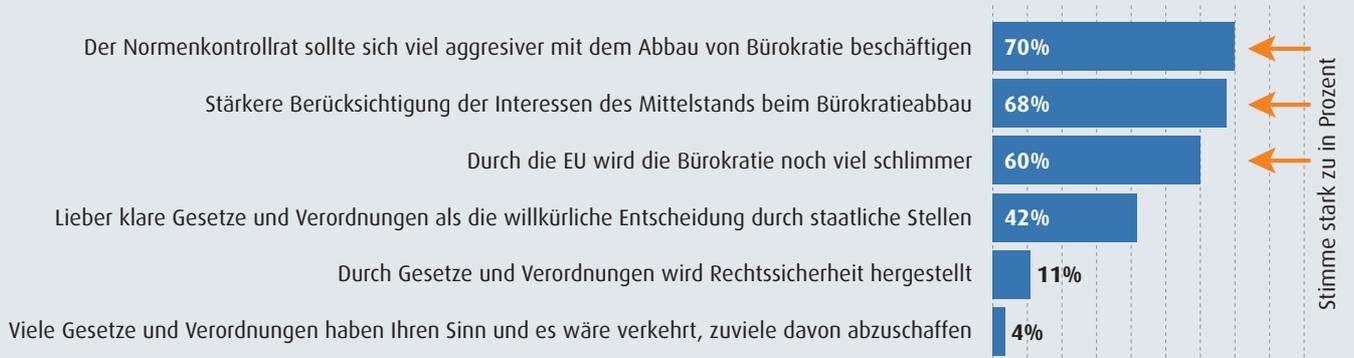


Das Thema Bürokratie wird weiter an Bedeutung gewinnen, befürchten 64 Prozent der Firmenchefs.

Trotz allem Ärger mit der Bürokratie können die Mittelständler den deutschen Regelwerken dennoch einige positive Aspekte abgewinnen. So bevorzugen 42 Prozent der Befragten prinzipiell klare Gesetze und Verordnungen gegenüber willkürlich anmutenden Entscheidungen der Behörden. Zugleich finden allerdings nur elf Prozent, dass Gesetze und Verordnungen tatsächlich für Rechtssicherheit sorgen.

Die Mehrheit wünscht sich, dass Gesetze immer wieder kritisch überprüft werden sollten, ob sie noch sinnvoll sind. Für sie ist das bloße Dasein eines Gesetzes also längst keine Legitimation für seine weitere Existenz. Deshalb sollte ein nachhaltiger Bürokratieabbau alle bestehenden und künftigen Vorschriften ins Visier nehmen und daraufhin prüfen, ob sie wirklich die beabsichtigten Wirkungen entfalten, welche Nebenwirkungen und Kosten sie verursachen – und ob sie unterm Strich sinnvoll sind.

Einschätzungen der Mittelständler zur Bürokratie



Zum einen fordern 70 Prozent der Unternehmer, dass der Normenkontrollrat sich aggressiver mit dem Bürokratieabbau befasst, zum anderen sollten die Interessen des Mittelstands dabei stärker berücksichtigt werden, verlangen fast ebenso viele.

4. Chancen, die Bürokratielast zu mindern

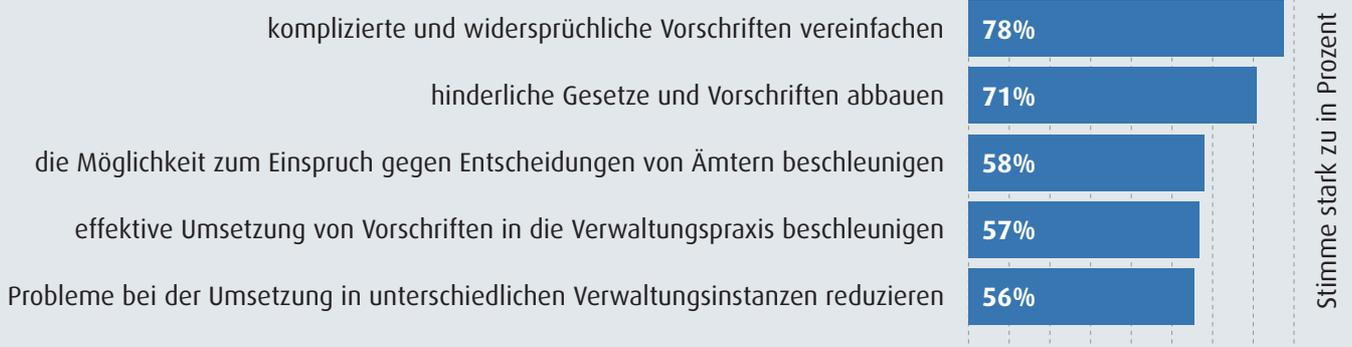


4.1. Schwerpunkte des Bürokratieabbaus aus Unternehmenssicht

Die meisten Mittelständler wissen ganz genau, wie der Bürokratieabbau konkret aussehen sollte: So müssten die Politiker zuallererst komplizierte oder widersprüchliche Gesetze und Verordnungen vereinfachen, verlangt die überwiegende Mehrheit der Studienteilnehmer. Fast 80 Prozent plädieren für diesen Schritt. Höchste Priorität hat auch die Forderung, hinderliche Vorschriften abzubauen, denn 71 Prozent erwarten dies von der Bundesregierung.

Außerdem sollten Gesetze und Verordnungen generell schnell und einheitlich in den zuständigen Ämtern umgesetzt werden, darauf pochen 57 Prozent der Befragten. Etwa ebenso viele fordern, die Möglichkeit des Einspruchs gegen amtliche Entscheidungen zu vereinfachen. Insgesamt mehr Effizienz bei der Umsetzung von Umschriften in den Behörden wünschen sich 56 Prozent.

Schwerpunkte für den Bürokratieabbau aus Unternehmersicht

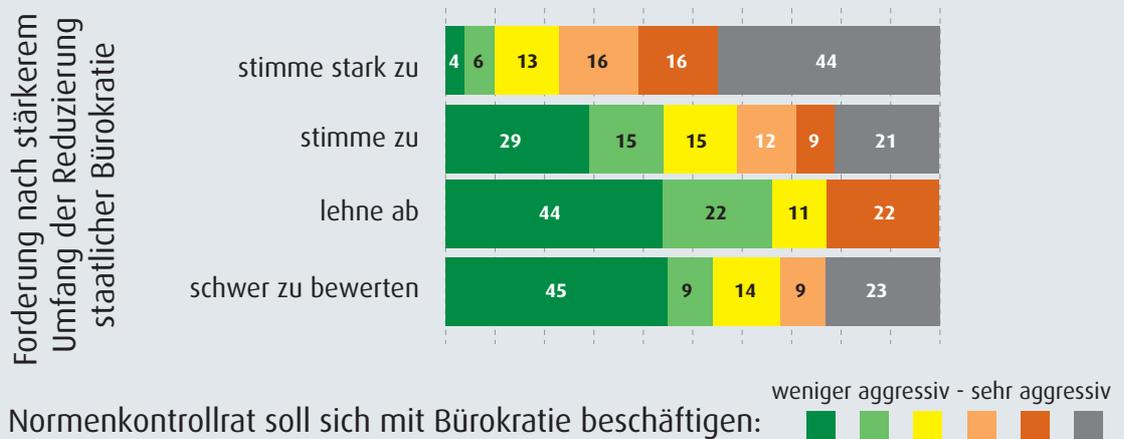


Komplizierte Vorschriften zu vereinfachen und hinderliche Gesetze abzubauen – diese beiden Schritte sollten die höchste Priorität beim Bürokratieabbau haben, verlangen mehr als 70 Prozent der Befragten. Zugleich wünschen sie aber auch mehr Effizienz in den Behörden.

Ganz gleich, ob es dabei um gesetzgeberische oder kommunale Praxis geht – mehr als die Hälfte der Unternehmer sieht in fast allen Bereichen einen starken Handlungsbedarf des Staates. Sie erwarten daher von der Politik, mit einem breit angelegten Ansatz die Bürokratie einzudämmen. Zum einen muss es vor allem darum gehen, Gesetze und Verordnungen zu vereinfachen und abzubauen, zum anderen aber auch darum, die Umsetzung von Vorschriften zu verbessern.

Zudem zeigt die Studie einen weiteren interessanten Zusammenhang: Mittelständler, die vom Normenkontrollrat eine offensive Vorreiterrolle erwarten, sehen auch generell einen deutlich stärkeren staatlichen Handlungsbedarf beim Bürokratieabbau. Klar ist: Die Firmenchefs wissen, dass nur mit einem umfassenden Konzept dieser Abbau gelingen wird – und sie erkennen im Normenkontrollrat das zentrale Instrument zur Umsetzung dieses Vorhabens.

Erwartungen an die Regierung und an den Normenkontrollrat



Ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Forderung, den Vorschriftenschwungel zu lichten, und dem Wunsch, der Normenkontrollrat übernehme eine offensivere Vorreiterrolle: Diejenigen Firmenchefs, die einerseits deutliche Schritte zum Bürokratieabbau fordern, erwarten andererseits auch vom Kontrollrat härteres Vorgehen.

Beurteilung des staatlichen Handlungsbedarfs



Beachtliche 51 Prozent der Unternehmer sehen in mindestens vier Bereichen einen großen Handlungsbedarf des Staates. Die Befragten erwarten also überwiegend einen breit angelegten Ansatz beim Bürokratieabbau.

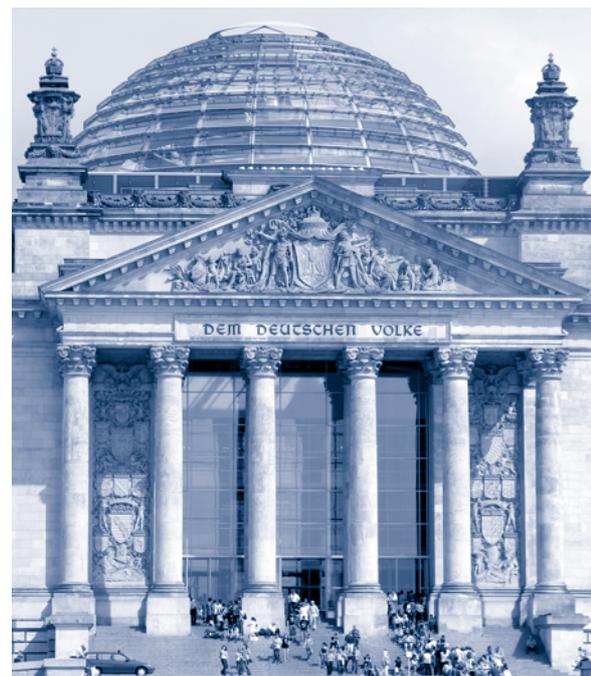
4.2. Bewertung der ersten Abbauschritte

Mit ihren beiden Mittelstandsentlastungsgesetzen unternahm die Bundesregierung erste Schritte hin zu einem umfassenden Bürokratieabbau. Sie vereinfachen vor allem die statistischen Meldepflichten, einige dieser Pflichten fallen ganz weg. Beide Gesetze erhöhen die Schwellen für die Buchführungspflicht.

Zudem erleichtern sie auch einige Verfahren im Bereich der Sozialversicherungen und fassen die Betriebsprüfungen der Berufsgenossenschaften und der Rentenversicherungen zusammen. Die bisherigen Doppel- und Mehrfachprüfungen sollen damit wegfallen. Die übrigen Neuerungen betreffen eher spezifische Vorschriften, etwa zu den Datenschutzbeauftragten und zu Biozidzulassungsverfahren, zum Preisangaben- und Preisklauselrecht, zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur, zur Reisegewerbekartenzpflicht, zu den Blindenwarenvertriebsregeln, zum Rechnungswesen der Industrie- und Handelskammern (IHK), zu den IHK-Beiträgen für GmbH & Co. KGs, zum Fahrerlaubnisrecht für Lkw-, Bus- und Taxifahrer, zur Straßenverkehrszulassungsordnung und zum Personenbeförderungsgesetz. Weitere solcher Entlastungsgesetze sollen folgen.

Jedoch bringen diese ersten Abbauschritte der Bundesregierung eher wenig: In den meisten Betrieben kommen die Vereinfachungen offenbar noch nicht an. So spüren nur zwei Prozent der Firmenchefs eine Entlastung bei den Kosten, 57 Prozent spüren keine finanzielle Verbesserung, 47 Prozent beobachten auch keine zeitliche Entlastung. Die meisten Studienteilnehmer, exakt 68 Prozent, kennen diese Gesetze nicht einmal. Offensichtlich hat es die Regierung bislang versäumt, ihre Erfolge beim Bürokratieabbau auch nach außen zu tragen.

Gerade die Firmenchefs, die von diesen Gesetzen betroffen sind, wissen zu wenig darüber. Würde die Regierung eine offensivere Kommunikationsstrategie bei den Mittelstandsentlastungsgesetzen verfolgen, könnte sie rasch diese Informationslücke schließen.



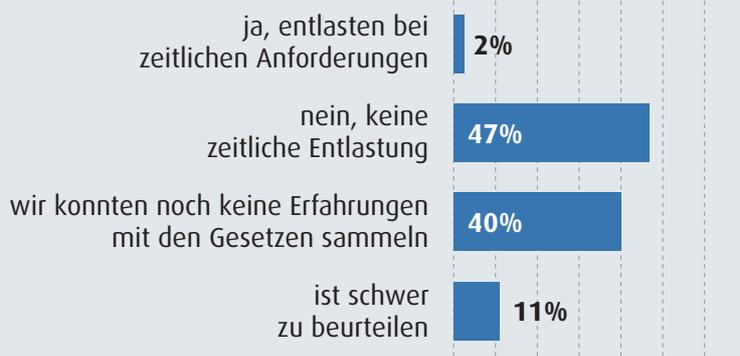
Kenntnis der Mittelstandsentslastungsgesetze (MEG I und II)



Nur 15 Prozent der Mittelständler kennen diese beiden noch jungen Gesetze zum Bürokratieabbau.

Allerdings sehen die Mittelständler, die sich bereits mit diesen Gesetzen befasst haben, durchaus auch positives Potenzial darin: 45 Prozent begrüßen die Abschaffung von Doppel- und Mehrfachprüfungen, 41 Prozent freuen sich besonders über die Erleichterungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Diese beiden Abbaumaßnahmen würden aus Sicht der Firmenchefs die stärksten Entlastungen bringen. Immerhin 36 Prozent geben an, dass sie von der Zusammenlegung der Betriebsprüfungen durch die Berufsgenossenschaft und die Rentenversicherung besonders profitieren würden. Und 33 Prozent loben die Vereinfachung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

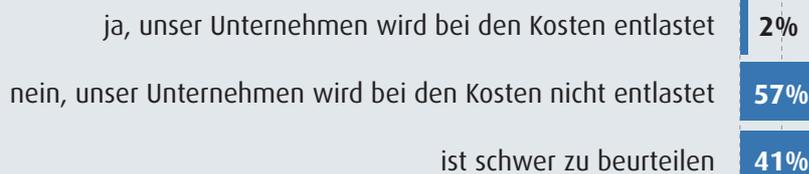
Zeitliche Entlastung durch MEG I und II



Fast die Hälfte der Befragten spürt keinerlei zeitliche Entlastung durch die beiden Mittelstandsgesetze.



Entlastung bei den Kosten durch MEG I und II



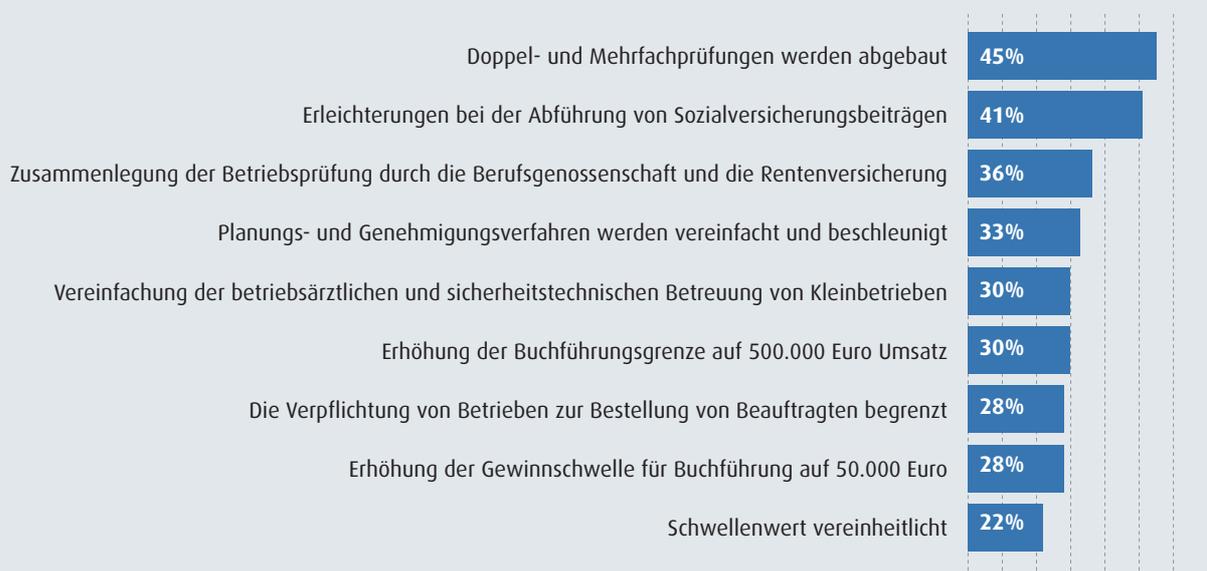
Auch bei den Kosten fühlt sich die Mehrheit der Firmenchefs – 57 Prozent – nicht entlastet durch die Mittelstandsgesetze.

In den übrigen Erleichterungen sehen die Studienteilnehmer ein eher geringes Entlastungspotenzial. So begrüßen 30 Prozent die Vereinfachung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung bei Kleinbetrieben, ebenso viele die Erhöhung der Umsatzschwellen für die Buchführung.

Jeweils 28 Prozent könnten von der Begrenzung der Pflicht, Beauftragte zu bestellen, und von der Erhöhung der Gewinnschwellen für die Buchführung profitieren. Fast ein Viertel geht davon aus, dass die Vereinheitlichung der Schwellenwerte eine Entlastung bringt.

Vor diesem Hintergrund lässt sich festhalten, dass die Mittelständler einerseits den Mittelstandsentlastungsgesetzen skeptisch gegenüberstehen und ihnen nicht allzu viel Entlastungspotenzial bescheinigen. Andererseits erkennen sie aber, sobald sie sich tiefgehend damit befassen, durchaus einige positive Aspekte. Das könnte für die politischen Entscheider wiederum einige interessante Impulse für den weitergehenden Bürokratieabbau bieten.

Erwartete Entlastungen durch MEG I und II



Vom Abbau der Doppel- und Mehrfachprüfungen erhoffen sich 45 Prozent der Mittelständler die stärkste Entlastung. Mit einer ähnlichen Erleichterung rechnen 41 Prozent angesichts der Vereinfachungen bei der Abführung der Sozialversicherungsbeiträge.



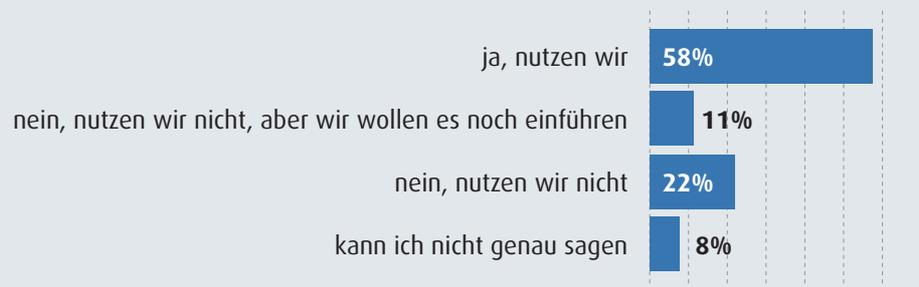
4.3. Bewertung einzelner Erleichterungen

Trotz aller Skepsis haben inzwischen einige der Unternehmer das Entlastungspotenzial, das die beiden Mittelstandsentlastungsgesetze bringen, für sich entdeckt und nutzen es sogar.

Zwar geben viele der Befragten an, diese Gesetze nicht zu kennen, dennoch wissen sie, dass es einzelne spezifische Neuerungen gibt. Das liegt etwa daran, dass die Sozialversicherer den Arbeitgebern diese neuen Verfahren bereits teilweise zur Verfügung gestellt haben.

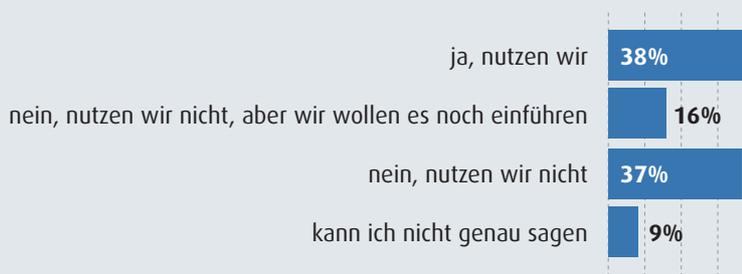
So gibt deutlich mehr als die Hälfte der Firmenchefs an, von den Erleichterungen bei der Übertragung der Sozialversicherungsdaten zu profitieren. Elf Prozent wollen diese Neuerung noch einführen. Knapp ein Viertel hat allerdings gar kein Interesse daran. Ähnlich sieht es bei der Übermittlung der Krankengeldaten via Internet aus. Derzeit nutzen fast 40 Prozent diese Neuerung und 16 Prozent wollen sie einführen. Jedoch interessieren sich 37 Prozent der Unternehmen nicht für dieses Verfahren.

Übertragung von Sozialversicherungsdaten via Internet



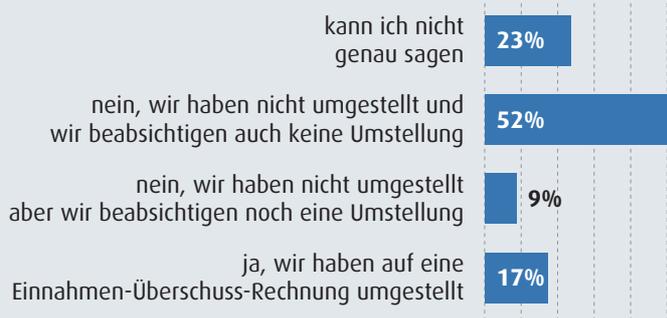
Mehr als zwei Drittel der Unternehmer nutzen bereits die Erleichterungen bei der Online-Übertragung von Sozialversicherungsdaten oder planen dies. Allerdings haben 22 Prozent gar kein Interesse daran.

Online-Übermittlung von Krankengelddaten



Die Übertragung der Krankengelddaten via Internet haben bereits 38 Prozent der Mittelständler eingeführt. Weitere 16 Prozent planen, diese Neuerung umzusetzen.

Umstellung der Buchführung auf die Einnahmen-Überschuss-Rechnung



Insgesamt nutzen nur 26 Prozent der Mittelständler diese Neuerung oder planen es. Jedoch ändert sich das Bild, wenn man den Fokus auf Kleinbetriebe setzt, denn die Erleichterung betrifft in erster Linie sie: Bereits 40 Prozent dieser Firmen haben bereits umgestellt oder bereiten dies vor.

Anders sieht es bei der neuen Option aus, die Buchführung auf die Einnahmen-Überschuss-Rechnung umzustellen. Insgesamt haben nur 17 Prozent der Studienteilnehmer bereits ihre Buchhaltung entsprechend neu organisiert. Neun Prozent wollen in Zukunft umstellen. Da diese Neuregelung aber in erster Linie Kleinbetriebe betrifft, lohnt ein gezielter Blick auf dieses Segment: Hier sind es schließlich auch beachtliche 40 Prozent, die diese Neuerung bereits nutzen – oder dies planen.

Allerdings gibt es auch Neuerungen, die nicht auf die erwartete Resonanz treffen. So ließen zum Beispiel die bisherigen Ergebnisse den Schluss zu, dass die Doppel- und Mehrfachprüfungen den meisten Unternehmern große Probleme bereiten. Daher hofften sie, dass deren Wegfall eine besonders starke Entlastung bringen würde. Doch diese Hoffnung hat sich tatsächlich nur bei rund einem Drittel erfüllt: Sie empfinden diesen Wegfall immerhin als mittlere bis starke Entlastung. Fast ein weiteres Drittel spricht lediglich von einer geringen, 18 Prozent sogar von gar keiner Entlastung. Möglicherweise lässt sich das auch als Indiz dafür werten, dass die Umsetzung dieser Entlastung noch nicht ganz gelungen ist – und daher nochmals geprüft werden sollte, woran es in der Praxis hakt.

Wegfall von Doppel- und Mehrfachprüfungen



Zwar erwarteten die Unternehmer starke Entlastungen aufgrund des Wegfalls von Doppel- und Mehrfachprüfungen, doch diese Hoffnung erfüllte sich nur teilweise. Lediglich 31 Prozent der Befragten spüren tatsächlich deutliche Entlastungen, weitere 30 Prozent nehmen geringe Erleichterungen wahr – der Rest bemerkt kaum eine Änderung.



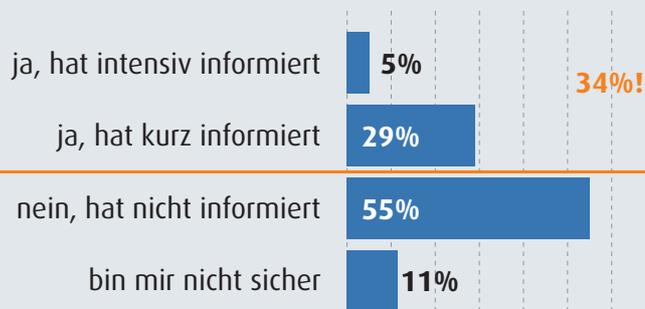
5. Neue Herausforderungen für Steuerberater



Zwischen der Beratungspraxis der Steuerberater und den Erwartungen der Firmenchefs klafft offenbar eine sehr große Lücke. Denn nur ein kleiner Teil der Berater hat den Unternehmern mitgeteilt, dass die Mittelstandsentlastungsgesetze kommen und welche Neuerungen sie bringen. Jedoch erwarten fast alle Studienteilnehmer, von ihren Steuerberatern über wichtige Gesetze informiert zu werden. Diese Lücke gilt es, zügig zu schließen.

Hier offenbart sich Erstaunliches: So haben in 66 Prozent der Fälle die Steuerexperten ganz auf Information und Beratung zu diesem Thema verzichtet, geben die Firmenchefs an. Dieses Ergebnis wirft die Frage auf, ob Mittelstandsentlastungsgesetze für die Berater von so geringer Bedeutung sind, dass sie darüber nicht einmal berichten wollen – oder aber ob die Steuerberater dieses Beratungsfeld noch nicht für sich entdeckt haben.

Informations- und Beratungspraxis der Steuerberater zu MEG I und II

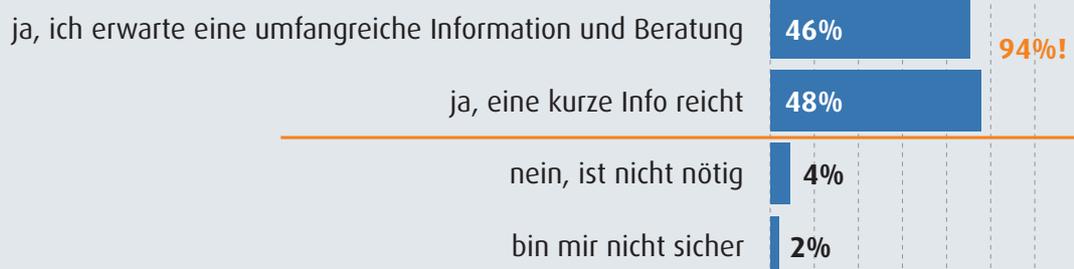


Nur 34 Prozent der Mittelständler wurden von ihren Steuerberatern über die beiden Gesetze zur Mittelstandsentslastung informiert. In den übrigen 66 Prozent der Fälle verzichteten die Steuerberater ganz auf Information und Beratung zu diesem Thema.

Fakt ist, dass damit die Praxis der Steuerberater in einem auffallenden Gegensatz zu den Erwartungen steht, die Mittelständler formulieren. Fast 50 Prozent der Unternehmer erwarten von ihren Steuerberatern umfangreiche Information und Beratung zu wichtigen Gesetzen. Insgesamt wünschen stattliche 94 Prozent der Studienteilnehmer, dass ihr Steuerberater sie über wichtige Gesetze zumindest kurz informiert. Deshalb ergibt sich hier ein deutlicher Handlungsbedarf für die Steuerberater.

Zudem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Erwartungshaltung der Unternehmer und der Beratungspraxis der Steuerberater. Je stärker die Firmenchefs ihre Steuerberater in die Pflicht nehmen, sie umfassend zu beraten, desto eher kommen die Berater auch tatsächlich ihren Informations- und Beratungsaufgaben nach. Dagegen erhalten Unternehmen, die sie aus dieser Pflicht entlassen, die Quittung dafür: Sie werden in der Regel nicht mehr informiert.

Erwartungen der Unternehmer an die Steuerberater

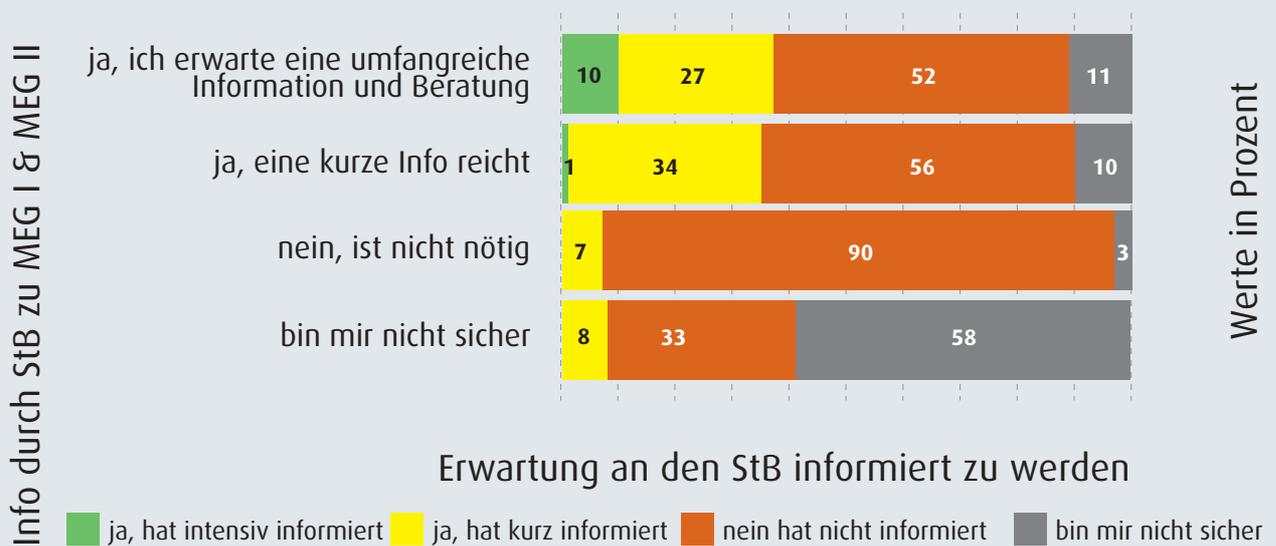


Fast alle Firmenchefs erwarten, dass ihre Steuerberater sie über wichtige Gesetze informieren. 46 Prozent wünschen sich sogar umfassende Information und Beratung dazu.

Offensichtlich bestehen bislang zwischen den Firmenchefs und den Steuerberatern nur selten klare Spielregeln dazu, wie die Informations- und Beratungsaufgaben zu neuen betriebsrelevanten Gesetzen konkret aussehen sollten. Vor diesem Hintergrund muss sich die Rolle der Steuerberater ändern. Sie können und sollten stärker dazu beitragen, Wege durch den Regelschub zu bahnen.

Das gilt nicht nur fürs Steuerrecht, sondern auch für andere Bereiche. Jedenfalls bleibt der Bedarf an solcher Unterstützung bestehen, er wächst vorerst sogar. Denn bis der Bürokratieabbau tatsächlich fruchtet, dauert es noch mehrere Jahre. Zudem plant die Bundesregierung noch weitere Mittelstandsentlastungsgesetze. Für die Steuerberater eröffnet sich hier also ein weites Feld.

Wunsch und Wirklichkeit



Zwischen der Erwartungshaltung der Mittelständler und der Beratungspraxis der Steuerberater besteht ein sichtbarer Zusammenhang: Je stärker die Befragten ihre Berater in die Pflicht nehmen, desto eher kommen letztere ihren Informationsaufgaben nach. Dagegen werden Unternehmer, die sie aus dieser Pflicht entlassen, in der Regel nicht mehr informiert.



6. Details zur Befragung

Branchenstruktur

Ein großer Teil der befragten Firmen kommt aus vorwiegend mittelständisch geprägten Branchen: 22 Prozent gehören zum Handwerk, zum Baugewerbe und zur Kfz-Reparatur, 21 Prozent zum Handel, Transport und Verkehr, 19 Prozent zum Dienstleistungssektor, zur Gastronomie und zum Marketing, 15 Prozent zur Industrie sowie zum produzierenden und zuliefernden Gewerbe.

Betriebsgröße

Die Kleinbetriebe mit maximal neun Mitarbeitern stellen mit 64 Prozent den Löwenanteil der Studienteilnehmer. Weitere 27 Prozent beschäftigen zwischen zehn und 50 Mitarbeiter. Damit liegt der Schwerpunkt der Befragten eindeutig auf dem Segment der kleineren Firmen. Sieben Prozent der Fragebögen stammen aus Unternehmen mit 51 bis 200 Beschäftigten, nur zwei Prozent der Befragten haben zwischen 200 und 500 Mitarbeiter.

Position im Unternehmen

Die Umfrage richtete sich an die Führungskräfte und Entscheider in den Firmen, also in erster Linie an die Inhaber, Geschäftsführer oder geschäftsführende Gesellschafter. 72 Prozent der Antworten kommen schließlich auch von den Unternehmern selbst. In 13 Prozent der Fälle antworteten die kaufmännischen Leiter oder Bereichsleiter. Die Befragten verfügen also zum überwiegenden Teil nicht nur über einen umfassenden Einblick in die betriebliche Situation und Strategie, sondern steuern selbst das Unternehmen – und kennen daher die auch die Hindernisse nur zu gut, die es im Firmenalltag zu umschiffen gilt.



7. Einblick in die Methodik

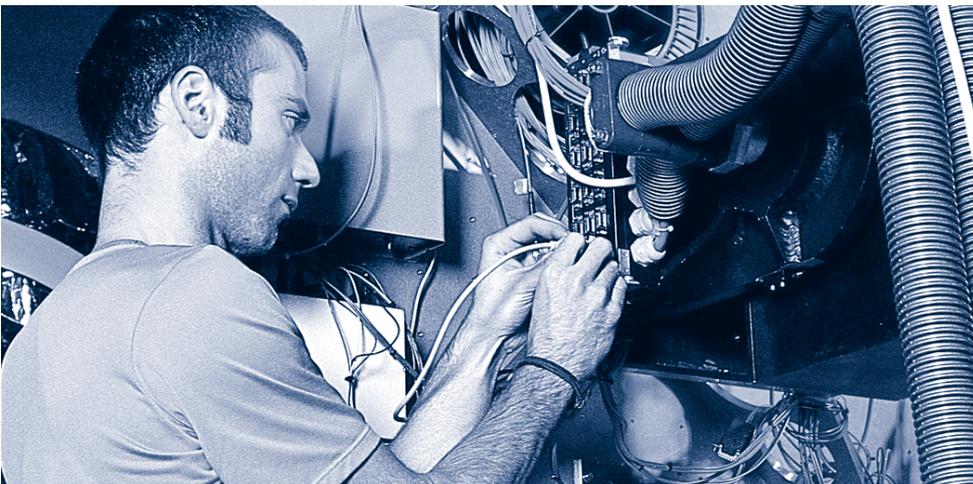
Ziel der Studie war es, mithilfe einer Primärbefragung zu klären, wie stark die staatliche Bürokratie die Mittelständler, vor allem auch die Kleinbetriebe belastet, welche Auswege es gibt und ob das Konzept der Bundesregierung zum Bürokratieabbau in die richtige Richtung führt.

Als Grundgesamtheit wurden solche Unternehmen definiert, die zwei bis 500 Beschäftigte haben. Als Basis dafür diente das umfangreiche Adressenmaterial der Haufe Mediengruppe. Zudem wurde das Material mit allen relevanten Adressbrokern abgeglichen und angereichert. Daher dürfte diese Grundgesamtheit auch der tatsächlichen Grundgesamtheit entsprechen, die aus den hierzulande am Markt aktiven Firmen dieser Größenordnung besteht. Ausgeschlossen wurden Unternehmen, die per Branchendefinition zu den Beratern zählen, also überwiegend Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte.

Die Stichprobe, die aus dieser Grundgesamtheit per Zufallsauswahl gezogen wurde, umfasst 25.000 Unternehmen. Dabei erhielten die Firmen einen E-Mail-Link – mit der Bitte, an der Studie teilzunehmen. Es erfolgten keine weiteren Interviews über den Fragebogen hinaus, auch auf Reminder wurde verzichtet. Die Umfrage selbst erfolgte im März und April 2008. Für die Interviews wurde ein standardisierter Fragebogen eingesetzt, der allen Teilnehmern online zugänglich war. Insgesamt 713 Fragebögen konnten schließlich für die Studie ausgewertet werden.



Impressum



Durchführung der Studie

Rudolf Haufe Verlag GmbH & Co. KG, Freiburg

Wissenschaftliche Leitung

Thomas Pahnke, Leitung Marktforschung

Haufe Mediengruppe, Freiburg

Stand: Freiburg, Mai 2008

Redaktion:

Dieter Römer und Monika Hofmann

Haufe Mediengruppe, Freiburg

Gestaltung und Schaubilder:

FURRER grafik-design,

www.furrer-grafik.de